

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt: WOHNEN

Edeltraud Haselsteiner, Sabina Riß: Gender und feministische Aspekte in der Wohnbaupolitik • **Dennis Tamesberger, Johann Bacher, Harald Stöger:** Die Wirkung des sozialen Wohnbaus in Österreich. Ein Bundesländervergleich • **Fritz Hemedinger, Sepp Wall-Strasser:** Wohnen in Gallneukirchen – lebenswert, sicher, teuer. Leistbares Wohnen als kommunalpolitische Herausforderung • **Bernhard Scharf:** In der Hitze der Nacht – Wohnbau im Klimawandel • **Harald Stöger:** Auf der Suche nach Lösungsansätzen für bezahlbares Wohnen – die europäische Perspektive

Bettina Csoka: Rezension Emmerich Tálos (2019): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz

REZENSION

Emmerich Tálos (Hg.) (2019):

**Die schwarz-blaue Wende in Österreich.
Eine Bilanz**

LIT-Verlag

Bettina Csoka

Die von Politikwissenschaftler Emmerich Tálos (gemeinsam mit Florian Weninger in der Reihe „Politik und Zeitgeschehen“) im Mai 2019 herausgegebene Bilanz untersucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Phasen der schwarz(-türkis)/blauen Regierungskoalitionen in Österreich Anfang der 2000er-Jahre bzw. 2017 bis Mai 2019. Die Artikelsammlung beginnt mit einer Beleuchtung von „Akteuren“ bzw. „Institutionen“ (Teil I.), gefolgt von der Bilanzierung der „Politikgestaltung“ (Teil II.).

Die ÖVP

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Franz Fallend (Uni Salzburg) analysiert das Agieren der ÖVP, die Ursachen und Folgen ihrer Koalitionsstrategien. Das verlockende Amt des Bundeskanzlers für die, nach den Herbstwahlen 1999, nur drittstärkste konservative Partei gab den Ausschlag für die tabubrechende Regierungsbildung mit der rechten FPÖ, was der führende ÖVP-Politiker Andreas Kohl damit rechtfertigte, sie so „in den Verfassungsbogen“ holen zu können. Der populäre FPÖ-Politiker Jörg Haider übernahm kein Regierungsamt, sondern war nur Mitglied im sogenannten Koalitionsausschuss. Die Unzufriedenheit mit dem FP-Kurs in der Koalition gipfelte in einem informellen FPÖ-Treffen im steirischen Knittelfeld – nur zwei Jahre nach Amtsantritt brach die Koalition auseinander. In der darauffolgenden Nationalratswahl ging die ÖVP auf FP-Wählerfang, beschreibt Fallend den starken Wahlsieg der ÖVP, die ihren Stimmenanteil von 26,9 (1999) auf 42,3 Prozent (2002) steigern konnte. Die Gründe für die nun folgende Neuaufnahme mit der (geschwächten) FPÖ sind vielfältig, bezieht sich der Autor auf Luther (2003). Ein wichtiger Grund sei demnach, dass fast ein Drittel der jetzigen ÖVP-WählerInnen noch 1999 die FPÖ gewählt haben. Die 2003 gebildete Koalitionsregierung entsprach einer „Kapitulation“ der FPÖ, die nun drei von zuvor sechs Ressorts abgeben musste. Dem Regierungsprogramm wurde mit dem budgetpolitischen Kürzungskurs („Budgetkonsolidierung“, Aufschub der Steuerreform, einschneidende Pensionsreform, Vollprivatisierung der VOEST) ein deutlicher ÖVP-Stempel aufgedrückt. Die FPÖ als „soziales Gewissen“ der Regierung zu etablieren, blieb daher erfolglos. Innerparteiliche Spannungen und Stimmenverluste für die FPÖ bei Landtagswahlen führten zu einer Abspaltung der FPÖ-Regierungsmitglieder und ihrem Übertritt ins neugegründete „BZÖ“ im April 2005. Als Betätigungsfeld blieb der „blauen“ FPÖ bzw.

dem „oranzen“ BZÖ das Immigrationsthema, bei dem die ÖVP die rechten Positionen inhaltlich übernahm. Den Schwarz-Blauen bzw. schwarz-orangen Regierungsstil charakterisiert Fallend als Abkehr von einer Konsenspolitik mit einer, die Opposition und Sozialpartner ausschließenden, polarisierenden Regierungsfront, die unter Umgehung von Begutachtungsverfahren Initiativanträge durchs Parlament peitscht. Mit dem Wahlsieg der sozialdemokratischen SPÖ 2006 folgten wieder „große“ SPÖ-ÖVP-Koalitionen mit der ÖVP als Juniorpartnerin und etlichen innerkoalitionären Streitigkeiten bis zum Bruch. Im jüngsten Wahlkampf platzierte die ÖVP das Thema Flüchtlinge zentral („Balkanroute schließen“ als wiederholte Ansage des 2017 zum neuen ÖVP-Parteichef gewählten Sebastian Kurz), um FPÖ-WählerInnen abzuwerben.

Das von Franz Fallend verfasste Kapitel liest sich spannend wie ein Who-done-it-Krimi, oder eher wie ein Who-done-what-Krimi, etwa wenn der Rücktritt von ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner im Mai 2017, der auch farbliche Wandel der Parteifarbe von Schwarz in Türkis und der überwältigende „Kurz-Effekt“ mit dem Nationalratswahlsieg 2017 beschrieben wird. Diese Wahl hatte drei etwa gleich starke Parteien zum Ergebnis, mit hohen Zugewinnen für die ÖVP von Sebastian Kurz und die FPÖ von Heinz-Christian Strache, die im Dezember 2017 eine neuerliche Koalition bildeten, welche im Zuge des „Ibiza“-Gate bereits nach eineinhalb Jahren auseinanderbrach. Fallends Analysen beruhen zu einem großen Teil auf Meinungsumfragen und Medienberichterstattung. Medien werden dabei allerdings nur als Beobachter bzw. Berichterstatter dargestellt. Interessant wäre dabei auch gewesen, welche Rolle (mächtige) Medien, insbesondere die auflagenstärkste Krone, als – der Kurz-ÖVP wohlgesonnene - Akteure im Politikgeschehen spiel(t)en.

Die FPÖ

Der ÖVP-Analyse folgt jene, vom Staatswissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik (Uni Wien) verfasste, über die FPÖ unter ihrem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache. Ihren Weg fokussiert der Autor als vom Primärziel der Stimmenmaximierung (2005) mit der Rolle als Fundamentalopposition hin zum Primärziel der Regierungsbeteiligung und den Erhalt wichtiger Ministerien 2017. In dieser Regierungsphase besteht eine bessere ideologische Kompatibilität mit der ÖVP. Die von der FPÖ auch mit Ressortverantwortung betrie-

bene Sozialpolitik beschreibt der Autor treffend als „Sozialpolitik mit wohlstandschauvinistischer Logik“, Beispiel dafür sind die Verschlechterungen bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung (nunmehr „Sozialhilfe“).

Die SPÖ

Barbara Liegl, Menschenrechtsforscherin am Ludwig-Boltzmann-Institut, befasst sich mit der „SPÖ unter Schwarz-Blau“. 2008 (Jahr des Wirtschaftseinbruchs) bis 2013 war eine auch von der SPÖ mitgestaltete Zeit des „Krisenkorporatismus“ mit Sozialpartnern. Die Oppositionsentscheidung nach der für die SPÖ mit Stimmenverlusten verbundenen Nationalratswahl 2017 bedeutete auch einen Einschnitt für den österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB und die Arbeiterkammer AK in ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Die SPÖ konnte sich in die Oppositionsrolle nicht leicht einfinden. Dazu kam der Wechsel an den Spitzen der Partei und der beiden für die Sozialdemokratie wichtigen Institutionen ÖGB und AK. Der 2017 reduzierte Mandatsstand reichte nicht mehr zur Verhinderung von Verfassungsänderungen im Nationalrat, schon aber für eine Blockade durch den Bundesrat. Das schlechte Abschneiden der SPÖ und der Aufschwung der ÖVP wird mit Ergebnissen von Meinungsumfragen erklärt, wonach für die WählerInnen die – der Sozialdemokratie offenbar nicht mehr zugetraute – Lösung von „Alltags- und Lebensproblemen“ prioritär sei. Auch der dirty-campaigning-Vorwurf (mit einem SPÖ-Berater in Verbindung gebrachte „unsaubere“ Methoden im Wahlkampf) habe eine Rolle gespielt. In der Opposition konzentriert sich die SPÖ auf ihre Kritik am Regierungsprogramm. Zentral war die von den Gewerkschaften betriebene Mobilisierung gegen das Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung (12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche) im Sommer 2018 sowie das grüne Licht für Streiks in der herbstlichen Kollektivvertragsrunde. Die unterschiedlichen Strategien der Landesparteien (etwa der burgenländischen SPÖ, die mit der FPÖ eine Koalition bildet) bis zur SPÖ Kärnten, die mit ihrem Vorsitzenden und nunmehrigen Landeshauptmann Peter Kaiser („Baumeister für ein neues Kärnten“) hohe Stimmenzuwächse bei der Landtagswahl erzielte, zeigen die Fragmentierung des Mosaiks SPÖ. Liegl gelingt ein guter Überblick und eine informative Chronologie über die SPÖ, der die Autorin „linken Populismus“ á la Chantal Mouffe als Rezept gegen ihre Schwäche empfiehlt.

Die Grünen

Kompakt und informativ ist der Artikel von Nikolaus Graf, Mitarbeiter bei – der Industriellenvereinigung nahestehenden – Eco-Austria über die Grünen, die als Kleinpartei unter Schwarz-Blau l. v.a. parlamentarische Kontroll- und Minderheitenrechte nutzt und einsetzt. Im Zuge der Nationalratswahl 1999 konstatiert der Autor einen hohen Grad an Personalisierung (Van der Bellen als Spitzenkandidat) und Professionalisierung. Der Nationalratswahl 2002 ging eine „Bündnispolarisierung“ bzw. ein „Lager-Wahlkampf“ (Rot-Grün versus Schwarz-Blau) voraus, bei dem sich die Grünen nicht mehr auf die Opposition orientierten, die SPÖ sich aber nicht auf die Grünen festlegte. Aufgrund des hohen ÖVP-Gewinns 2002 wäre sich rein rechnerisch mit dem Ergebnis der Grünen (9,5 %) sogar eine schwarz-grüne Koalition ausgegangen. Die Nationalratswahl 2017 – mit ihrem Fokus auf das „Kanzler-Duell“ Kurz/Kern und mit für die Grünen relevanten, problematischen Entwicklungen (rund um grüne Prominente wie Peter Pilz und Ewa Glawischnig) – brachte den vorübergehenden Verlust der parlamentarischen Präsenz (Wahlergebnis 3,8 Prozent).

Der Parlamentarismus

Den vier Parteien-Portraits folgt ein Beitrag des Politikwissenschaftlers an der Universität Wien, Hubert Sickinger, über den Parlamentarismus unter schwarz-blauer Regierungsverantwortung. Sickinger benennt klar, was wie passiert ist, und bietet dabei lehrreiche Basics und grundsätzliche Aufklärung etwa über Prozesse der Gesetzgebung und die – auch bereits vor Schwarz-Blau teilweise erfolgte – „Beschleunigung von Gesetzgebungsverfahren“ durch das Einbringen von Initiativanträgen. Er beschreibt die bereits Mitte/Ende der 1990er angewandte „Methode Budgetbegleitgesetz“, als Sammelgesetze bzw. Mantelgesetze, die bis zu 100 Einzelgesetze beinhalten, aber nur vom Budgetausschuss zu behandeln sind. Diese Veränderungen der politischen Entscheidungsmuster gingen einher mit einer Erosion der Sozialpartnerschaft. Hier nimmt Sickinger Bezug auf das im Buch folgende Kapitel, wonach die „(Nicht-)Einbindung der Sozialpartnerverbände während der VP/FP-Koalitionen allerdings selektiv war“ – Beispiel: Pensionsreform 2003 (Teil des Budgetbegleitgesetzes, nur 3,5 Wochen Begutachtungsfrist), gegen die eine gewerkschaftlich getragene Massen-Demonstration

stattfand. 2018 wurde dieses Muster der Schwächung v.a. der Arbeitnehmerverbände noch deutlicher sichtbar – Beispiel: Sozialversicherungsreform, die einen Machtgewinn der von der Wirtschaftskammer repräsentierten Unternehmen vorsieht. Insgesamt entsteht unter Schwarz-Blau der Eindruck, dass manche Gesetzesentwürfe nicht aus den legislativen Abteilungen der Ministerien stammen, sondern Entwürfe von Industriellenvereinigung oder Wirtschaftskammer sind. Sickinger bilanziert: „Eine Stärkung des Parlamentarismus bedeuten die VP/FP-Koalitionen nicht“. Beim Lesen des Buches assoziierte ich damit die im wahrsten Sinn des Wortes plakative Distanzierung oder Verhöhnung von parlamentarischen Prozessen durch das Wahlkampfplakat im Sommer 2019 des parlamentarisch abgewählten ÖVP-Bundeskanzlers Kurz: „Rot-Blau hat bestimmt. Das Volk wird entscheiden.“

Die Sozialpartnerschaft

Dem vorigen Kapitel nachfolgend und den Teil I. abschließend, befassen sich Herausgeber Tálos sowie der Politikwissenschaftler Ferdinand Karlhofer (Uni Innsbruck) mit dem, zwar schon seit den 1990ern stattfindenden, Bedeutungsverlust verbandlicher Kooperation und Mitgestaltung. Die tradierten Spielregeln der Interessenspolitik erfahren aber durch Schwarz-Blau I. und II. „einschneidende Zäsuren“. Als „Rute im Fenster“ fungiert die Androhung der Umsetzung der FPÖ-Forderung nach einer Senkung der Arbeiterkammer-Umlage von 0,5 auf 0,3 Prozent des Bruttolohns. Durch die „Verschränkung der Regierungsziele mit Wirtschaftsinteressen“ bleibt wenig Raum für die Anmeldung von Gestaltungsansprüchen. Unter Schwarz-Blau I. wurde die – mit einer Verhandlungsdemokratie korrespondierenden – sozialpartnerschaftliche Mit-Gestaltung von der Regel zur Ausnahme. Statt bisheriger korporatistischer Verhandlungskultur mit substantiellen Verhandlungen veranstaltete die Regierung „Reformdialoge“ mit Event- bzw. Showcharakter. 2007 kam es unter Rot-Schwarz zu einem Revival der Sozialpartnerschaft, die aktiv die Krisenpolitik nach 2009 mitgestaltete. Unter Schwarz/Türkis-Blau aber kam es zur Ausschaltung der Sozialpartnerschaft samt institutioneller Eingriffe (Beschneidung Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen-Organisationen in der Krankenversicherung) und der Ausgrenzung von ArbeitnehmerInnen-Vertretungen aus den politischen Entscheidungsprozessen. Ähnlich wie in den

2000er-Jahren inszenierte die Regierung nun „Gipfeltreffen“ mit unverbindlichem Gesprächscharakter. Karhofer und Tálos zeigen die erschreckende Tragweite des schwarz/türkis-blauen Regierungsstils sehr faktenreich auf.

Politik-Feld Medienpolitik

Der Teil II. des Buches befasst sich mit 13 ausgewählten Politikfeldern, beginnend mit der Medienpolitik, die u.a von einem regierungspolitischen Druckauf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ORF gekennzeichnet war, wie der Medienforscher Andy Kaltenbrunner feststellt. In einem Schulterchluss von (privater) Medienmacht und Regierungsspitze klingen bereits im Regierungsprogramm und in punktuellen Aussagen von Ministern Forderungen aus dem von Verlegern und Medien-Eigentümern verfassten „Manifest zum Medienstandort“ an, etwa was deren direkte Beteiligung an der ORF-Gebühr anbelangt oder die Rolle des ORF als Dienstleister für Privat-Medien. Von FPÖ-Regierungsteilen gab es Angriffe gegen den ORF und unabhängige JournalistInnen, wozu ÖVP-Kanzler Kurz schwieg. Zwei Beispiele: FPÖ-Vize-Kanzler-Straches Angriff auf ORF-Moderator Wolf oder die von FPÖ-Innenminister Kickl verfügte Informationssperre für kritische Medien wie Standard, Falter und Kurier. Der Beitrag Kaltenbrunners ist ein Fundus an dokumentierten demokratiepolitischen Verfehlungen.

Politik-Feld Budget

AK-Experte und Grünen-Politiker Bruno Rossmann bewertet gemeinsam mit Jetzt-Mitarbeiter Markus Rohringer die schwarz-blaue Budget-Politik als eine „Politik der leeren Kassen“, die sich die Senkung der Abgabenquote zum Ziel setzt. Schwarz-Blau inszeniert sich dabei als „Budgetsanierer“, sowohl unter Kanzler Wolfgang Schüssel als auch unter Kanzler Kurz, wobei letzterer mit neuem Wording arbeitet: „Spielraum schaffen“ (beim Lesen dieses Beitrags fallen mir Analogien zur schwarz-blauen Landesregierung in Oberösterreich auf, die ähnliche Politik samt gleichlautendem Wording betreibt). Im 2017er-Regierungsprogramm wird der Begriff der Leistung hochstilisiert, und es findet im Rahmen einer „Sündenbockpolitik“ eine Umverteilung weg von den definierten Feindbildern statt. Rossmann und Rohringer machen eine fundierte Analyse der – in beiden Regierungsphasen vergleichbaren – Verteilungswirkungen

von beschlossenen sowie geplanten Maßnahmen. Fazit der Autoren (und Zwischentitel): „Schwarz-Blau I. und II. im Vergleich: viele Parallelitäten, aber verschärfte Gangart beim Umbau des Staates“.

Weitere Politik-Felder

Ein Beitrag widmet sich der Arbeitsmarkt-Politik, die IHS-Forscher Marcel Fink mit einem Schwerpunkt auf die Kürzungen im Leistungsrecht unter Schwarz-Blau I. sehr detailreich darstellt. Ein weiterer Beitrag hat die Sozialpolitik im Fokus, die von Herausgeber Tálos gemeinsam mit Staats- und Sozialforscher Herbert Obinger (Universität Bremen) skizziert wird. Die Privatisierungspolitik (Herbert Obinger), die Familienpolitik (Sozialwissenschaftler Helmut Wintersberger) und die Steuerung der Gesundheitspolitik (Gesundheitsökonomin Maria M. Hofmarcher-Holzhaecker) sind weitere Artikel.

Im neunten Politik-Feld, der Bildung, stellen Uni-Wien-Soziologin Barbara Rothmüller und AK-Bildungsexperte Philip Schnell im Vergleich von Schwarz-Blau I. und II. ein „Festhalten am konservativen Leistungsbegriff“ und am „Glauben an die Objektivierbarkeit der Leistungsevaluation“ sowie die Anwendung von Selektions- und Segregationsmechanismen fest. Die Bedeutung der Sprache als Bedingung für die Teilnahme am System wird problematisiert.

Weitere Politik-Felder sind die Hochschulpolitik (Günther Sandner), Kulturpolitik (Michael Wimmer), Außen- und Sicherheitspolitik (Heinz Gärtner), Selektiver Euroskeptizismus (Josef Melchior) sowie die Einwanderungs- und Integrationspolitik (Bernhard Perching und Gerd Valchars).

Die 13 Politik-Felder lassen sich einzeln, „isoliert“ lesen. Das impliziert aber auch (wohl teilweise vermeidbare) Redundanzen. So wird die Maßnahme „Familienbonus“ mehrmals beschrieben. Auch gibt es einige sozial- und arbeitsmarktpolitische Überschneidungen bzw. Wiederholungen in unterschiedlichen Beiträgen. Das Arbeitszeitgesetz und die Proteste dagegen kommen mehrmals vor – was ob der Bedeutung auch nicht verwundert. Die Bedeutung der (deutschen) Sprache als Bedingung bzw. als Ausgrenzungskriterium für die Teilnahme am System oder den Erhalt von Leistungen kommt in mehreren Kapiteln vor und ist ein roter Faden von Schwarz-Blau, der als politikfeldübergreifendes budget-, sozial-, arbeitsmarkt-, bil-

dungs- und integrationspolitisches Muster auffällt, aber als solches nicht benannt wurde. Als Mosaik-Steine bilden die Politikfelder ein in sich stimmiges Ganzes.

Resümee

Die Zusammenführung der 13 Politikfelder sowie der beiden Buchteile insgesamt und Schlussfolgerungen sind Gegenstand im von Emmerich Tálos verfassten Resümee. Stieß der Machtwechsel 2000 noch auf großen Widerstand und breiten Protest (auch in der EU), blieb dies 2017 aus. Später fanden wiederkehrende „Donnerstagsdemos“ gegen die Regierung statt. Schwarz-Blau bedeutet einen Abgang von Verhandlungsstrategien und einen Wandel in Richtung „Mehrheits- und Konfliktdemokratie“ – die Regierung setzt ihre Regierungsmehrheit und „speed kills“-Methoden ein. Neu ist die Strategie des „gezielten Nebelgranatenwerfens“, womit Tálos die Forcierung anderer Themen zur Ablenkung von stark kritisierten Regierungsmaßnahmen versteht. Der Politik-Wechsel bringt zum einen graduelle Änderungen wie die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Einführung des Familienbonus. Zum anderen aber auch substanzielle Einschnitte durch die „Sozialpolitik neu“, die den Sozialstaatsfokus von der Risikovorsorge für Erwerbstätige und ihre Familien hin zu einem Sozialhilfestaat für Bedürftige verschiebt, verbunden mit einem Wohlstandschauvinismus. Arbeitslose werden unter Missbrauchsverdacht und ihnen Sanktionen in Aussicht gestellt.

Den Herausgebern ist es gelungen, eine bunte AutorInnenschaft für die Beiträge zu gewinnen: von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus dem Uni-Bereich, aus Forschungsinstituten (darunter eines der IV nahestehenden), der Arbeiterkammer und der Politik. Das gesamte Buch dient als Dokumentation und 470 Seiten starkes, fundiertes – mit teils seitenlangen Literaturverzeichnissen versehenes – Lexikon über das jüngere politische Zeitgeschehen mit Fokus auf Schwarz-Blau, wobei auch auf unter rot-schwarze Geschehnisse – etwa die eingeleitete Privatisierung – nicht vergessen wird. „Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz“ ist ein Muss für politisch Interessierte.

WISO 1/2019

<i>Iris Woltran</i> Mindestsicherung Neu – zurück zur „alten“ Sozialhilfe	13
<i>Brigitte Kepplinger</i> Sozialversicherung und Selbstverwaltung	33
<i>Matthias Specht-Prebanda, Heinz Stöger</i> Ergebnisse der ISW-Betriebsrätebefragung 2018 – Mitbestimmungsrechte unter Druck	55
<i>Doris Weichselbaumer, Julia Schuster</i> Geschlecht und Leistung	75
<i>Christine Mayrhuber</i> Wirtschaft und Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)	91
<i>Philipp Schnell, Vucko Schüchner</i> Schulischen Herausforderungen entgegenwirken. Gerechte Schulfinanzierung über das Chancen-Index-Modell	111

Kurzbericht

<i>Christian Tuma et al.</i> Projektbericht Solidarökonomie	131
--	-----

WISO 2/2019

<i>Ruth Simsa</i> Veränderungen in den Rahmenbedingungen der österreichischen Zivilgesellschaft	11
<i>Markus Unterthurner</i> Gerechtere Gestaltung der Pflege	25
<i>Norbert Lachmayr, Martin Mayerl</i> Das Pflichtpraktikum an kaufmännischen Schulen. Erste bundesweite Evaluierung	37

Selim Banabak, Philipp Gerhartinger
 Österreichs Steuerstruktur im EU-Vergleich und
 die Auswirkungen auf Wachstum und Ungleichheit 53

Kurzberichte

Bettina Csoka
 (Lange) Arbeitszeit in Österreich 83

Heidemarie Pöschko, Katharina Wurzer
 Zwischen Erwerbsarbeit und Pension 92

Petra Stumptner-Diethör
 Pensionen/Renten – Vergleich zwischen Österreich
 und Deutschland 101

AK-Wissenschaftspreis 2018 – Teil 1

Philipp Heimberger
 Austeritätspolitik, Arbeitslosigkeit und Verschuldung:
 Zu den Problemen fiskalpolitischer Koordinierung
 in Europa 109

WISO 3/2019

Bettina Wagner
 Europäische Arbeitsbehörde und Reform der EU-Entsende-
 richtlinie – Wirksame Instrumente zur grenzüberschreitenden
 Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping? 11

Sebastian Egger, Stefan Robbrecht-Roller, Martin Mahringer
 Bedürfnisse ausgrenzungsgefährdeter Jugendlicher
 in Oberösterreich – Ergebnisse eines partizipativen
 Forschungsprojekts 27

Christof Morscher
 Konsumenten-Kreditinformationssysteme in Österreich 49

Heidemarie Staflinger
 Personalbedarf und -einsatz in den öö. Krankenhäusern:
 Grundlagen – Herausforderungen – Entwicklungsbedarf
 Zentrale Erkenntnisse der AK-Studie 75

<i>Philipp Gerhartinger</i> Bericht zu einem Fact-Finding-Projekt im Zentrum der EU – Gewerkschaftliche Strategien gegen internationale Steuertricks	99
<hr/>	
<i>Matthias Specht-Prebanda</i> <i>Rezension zu Emmerich Tálos/Tobias Hinterseer (2019):</i> Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende?	115
<hr/>	
AK-Wissenschaftspreis 2018 – Teil 2 <i>Laura Dörfler</i> Altersdiskriminierung unter Personalverantwortlichen	123
<hr/>	
WISO 4/2019 Schwerpunkt: WOHNEN	
<i>Edeltraud Haselsteiner, Sabina Riß</i> Gender und feministische Aspekte in der Wohnbaupolitik	11
<hr/>	
<i>Dennis Tamesberger, Johann Bacher, Harald Stöger</i> Ein Bundesländervergleich Die Wirkung des sozialen Wohnbaus in Österreich.	29
<hr/>	
<i>Fritz Hemedinger, Sepp Wall-Strasser</i> Wohnen in Gallneukirchen – lebenswert, sicher, teuer. Leistbares Wohnen als kommunalpolitische Herausforderung	57
<hr/>	
<i>Bernhard Scharf</i> In der Hitze der Nacht – Wohnbau im Klimawandel	75
<hr/>	
<i>Harald Stöger</i> Auf der Suche nach Lösungsansätzen für bezahlbares Wohnen – die europäische Perspektive	85
<hr/>	
<i>Bettina Csoka</i> <i>Rezension Emmerich Tálos (2019):</i> Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz	101